



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/183

9. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Drei Wochen nach dem Schumacher-Brief an Dr. Adenauer	S. 1
Englands Kanonen-Sorgen -Bericht aus London-	S. 3
Politik im Hofbräuhaus -Zur Situation in der Bayern-Partei-	S. 5
Internationales Jugendtreffen in Paris	S. 6

Unzureichende Antwort

sp. Vor drei Wochen richtete Dr. Schumacher an den Bundeskanzler einen b. iefflichen Appell, alle berufenen Stellen und Körperschaften sollten ihre Bemühungen zweckmässiger zusammenfassen, das Einheitsbewusstsein der Bevölkerung in West-, Mittel- und Ostdeutschland zu verstärken. Der Brief gab einer inneren Einstellung und einem Bedürfnis Ausdruck, die in Deutschland allgemein sind. Von dieser Allgemeinheit will eine überwältigende Mehrheit die Arbeit an der deutschen Einheit auf ein freiheitlich demokratisches, eine verschwindende Mehrheit auf ein kommunistisches Ziel ausgerichtet sehen. Wie dieses Verhältnis zueinander in Westdeutschland aussieht, haben die Wahlen zum Bundestag, ergänzt durch inzwischen stattgefudene Länderwahlen gezeigt. Wie es sich in Mittel- und Ostdeutschland darstellt, sollte, wenn es normal zuginge., die Wahl am 15. Oktober beweisen. Das wird aber nach der durch die sowjetzonale Regierung vorbereiteten krassen Verfälschung dieses Wahllaktes in eine künstlich gelenkte Demonstration ohne Überzeugungswert kaum der Fall sein.

So wird man im Westen vor allem daran gehen müssen, mit jedem möglichen Mittel diese Verfälschung sichtbar zu machen, und zwar gerade auch dort in Deutschland, wo Tag und Nacht die Gebetsmühlen des Gottes Stalin knarren. Bis zu dem Tag der Wahl sind es noch gut zwei Monate. Die Aufklärungsarbeit, die in dieser kurzen Zeit geleistet werden muss, ist also entsprechend gross, zumal wenn man bedenkt, welche Anstrengungen

und Mittel in der entgegengesetzten Richtung von kommunistischer Seite nicht nur im eigenen administrativen Machtbereich in Deutschland, sondern vor allem auch im Westen eingesetzt werden. Gerade deshalb hatte die SPD die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte in Deutschland zur Führung dieses politischen Feldzuges gefordert.

Von seiten der Regierung und der sie stützenden Parteien war diesem Appell mit Eifer zugestimmt worden. Aber leider ist festzustellen, dass in der seit dem verfloßenen Zeit an praktischen Vorschlägen und konkreten Maßnahmen offenbar nichts geschehen ist, denn sonst wüsste man doch auch bei der Leitung der Partei, die den Anstoss zu einer gemeinsamen Aktion gegeben hat, etwas davon. Mit dem Beifall ist es auch hier nicht getan, ohne die Tat bleibt die Antwort unzureichend. Es sollte nach dem sozialdemokratischen Vorschlag eine Phalanx der grossen tragenden politischen Kräfte der Deutschen Bundesrepublik geschaffen werden, geeignet für die Abwehr des östlichen Willens zur Machtausdehnung, noch mehr aber für eine politische Offensive nach dem Osten mit möglichst grosser Durchschlagskraft. Noch immer betreiben z.B. Männer, die in den letzten Jahren schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder sich daran beteiligt haben, bei gelegentlichen Besuchen ihre politischen Geschäfte im Westen, ohne dass sie unter Anklage gestellt werden können. Es liessen sich viele andere Dinge aufzählen.

In den letzten Tagen vor dem Beginn der Parlamentsferien hatte Vizekanzler Blücher den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD gefragt, ob er die sofortige Behandlung des Schumacher-Briefes im Parlament verlange, worauf Ollenhauer antwortete: Das sei bei der Fülle des in wenigen Tagen noch zu erledigenden Stoffes und der damit verbundenen Gefahr einer allzu eiligen und oberflächlichen Würdigung des Gegenstandes weniger notwendig als die sofortige Inangriffnahme der praktischen Arbeit. Nun aber hat man das Gefühl, als ob die Regierung aus dieser Antwort ihre Berechtigung herleiten wolle, in der bisherigen Passivität zu verharren. Hier zeichnet sich eine neue ernste Gefahr für die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition in einer Frage ab, in der gerade die SPD alles unternommen hat, um mit den tragenden politischen Kräften des Landes, vor allem auch der Regierung, in der vielleicht wichtigsten deutschen Frage schnell zu praktischen Ergebnissen zu kommen.

Englands Kanonen-Sorgen

B.C. London, im August

Das unter dem Druck der Weltlage beschlossene Wiederaufrüstungsprogramm Englands, das für die nächsten drei Jahre einen Totalaufwand von 3,4 Mrd. Pfund vorsieht, ist ein schwerer Schlag für die zielbewusste wirtschaftliche Gesundheitspolitik der Labour Party. Das Rüstungsprogramm wird die Nachkriegserholung verlangsamen und dem britischen Volk neue, empfindliche Opfer auferlegen. Es wird eine starke Vermehrung der Einfuhr und Verminderung der Ausfuhr zur Folge haben und so den mühsam gewonnenen Sterling-Zahlungsausgleich gefährden.

Das Hauptproblem der englischen Wiederaufrüstung ist nicht die Mannschaftsfrage. Noch vom Kriege her hat Grossbritannien eine Reserve von etwa vier Millionen ausgebildeten Soldaten aller Waffengattungen und seither ist unter der achtzehnmonatigen allgemeinen Wehrpflicht eine weitere Million junger Soldaten und Seeleute ausgebildet worden. Dagegen mangelt es an der nötigen Ausrüstung. Seit dem Ende des Weltkrieges hat man sich hauptsächlich auf Forschung und Versuche beschränkt, um für den Notfall Modelle in der Hand zu haben, die den neuesten Erfordernissen gerecht und in Massen produziert werden könnten. Die Produktion der so gewonnenen Typen wurde auf ein Mindestmass beschränkt. Bei Kriegsende gab es 44 staatliche Waffenfabriken (Royal Ordnance Factories) mit 350.000 Arbeitern, die allen Kriegsbedarf ausser Flugzeugen und Automobilen (jedoch Tanks) herstellten. Darüber hinaus war damals die gesamte private Auto- und Flugzeugindustrie mit Rüstungsaufgaben beschäftigt. Gegenwärtig arbeiten nur 21 staatseigene Rüstungsbetriebe mit rund 40.000 Beschäftigten und mit wenigen Ausnahmen produziert die gesamte Privatindustrie heute für den Zivilbedarf. Viele Flugzeugfabriken haben sich beispielsweise auf die Erzeugung von Küchengeräten umgestellt.

Noch im letzten Staatshaushalt im April nahmen die Wehrausgaben mit 780 Mill. Pfund (die bisher höchste Summe in Friedenszeiten) 7,7 Prozent des Volkseinkommens auf. Zur gleichen Zeit, also vor dem Korea-Konflikt, gaben die Vereinigten Staaten 5,9 Prozent ihres Totaleinkommens für Wehrzwecke aus (oder 6,5 Prozent, wenn man die Waffenbeihilfen an das befreundete Ausland mit einrechnet) und Frankreich kaum 5 Prozent. Von jetzt ab wird Grossbritannien jährlich insgesamt 1,133 Mill. Pfund bzw. über 10 Prozent des Nationaleinkommens der Rüstung zuwenden. Ausserdem werden beträchtliche Mengen britischen Kriegsmaterials (hauptsächlich Düsenflugzeuge und elektrisches Gerät) unentgeltlich an die verbündeten Heere Europas geliefert. Der erwähnte Pro-

zentsatz wird sich aber durch Teilnahme an der amerikanischen finanziellen Rüstungshilfe per Saldo auf rund 9% verringern. Während seit 1945 das britische Sozialprodukt jährlich um etwa 400 Mill. Pfund wuchs, ist jetzt damit zu rechnen, dass diese beachtliche Leistung zum Stillstand kommt oder gar rückläufig wird.

Man erwartet mit Spannung, wo Sir Stafford Cripps, der Schatzkanzler, die Steuerschraube anziehen wird. An den Arbeitslöhnen dürfte kaum noch etwas zu besteuern sein, da sonst jeder Anreiz zu der jetzt mehr denn je nötigen Leistung entfallen würde. Auch die höheren Einkommen der Nicht-Arbeiter sind bereits bis zur Grenze des Erträglichen besteuert. Die Gesellschaftsprofite könnten wohl noch einigen Aderlaß vertragen und die Luxus- und Verbrauchssteuern (die vielgelästerten "purchase taxes") könnten wieder auf die Höhe gebracht werden, die sie vor der Milderung im Jahre 1948 hatten. Doch würden alle diese Maßnahmen weder die erforderlichen Rüstungs-Pfunde ergeben, noch infolge Konsumbeschränkung die Inflation verhindern.

Weitere Mittel werden flüssig gemacht werden müssen. Die Konservativen verlangen Abbau der Sozialversicherungsausgaben. Das aber will die Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht tun, da sie das soziale Wohlfahrtsprogramm zur Bekämpfung des Kommunismus zumindest für ebenso wichtig hält wie Kanonen. In Kreisen der Labourführung wird daher für eine einmalige Kapitalabgabe Stimmung gemacht. Eine nennenswerte "capital levy", so rechnet man, müsste wie eine mächtige Bremse auf den Luxuskonsum wirken und gleichzeitig budgetmässig die für die Rüstung benötigten Beträge ergeben. Es steht jedoch jetzt schon fest, dass dahingehende Vorschläge auf den erbitterten Widerstand der Konservativen stossen würden.

- - - - -

Politik im Hofbräuhaus

M.R.München, im August

Während sonst aus dem Münchner Hofbräuhaus der Lärm feuchtfrohlicher Zecher dringt, waren es diesmal die politischen Töne der Bayernpartei (BP) auf ihrer dritten Landesversammlung, die mit Donnergetöse das alte Mauerwerk des Hofbräuhauses durchdrangen. Es wurde bei der Patrona Bavariae geschworen, zur Revolution aufgerufen, in schweigender Ergriffenheit das Lied: "Gott mit Dir, Du Land der Bayern" angehört, Beifall getrempelt und der volle Maßkrug geschwenkt.

"Seid Revolutionäre gegen Bonn", rief Dr. Josef Baumgartner seinen Freunden zu und wandelte damit die alte Forderung der BP: Bayern müsse ein freier, selbständiger Staat sein in diese neue Form ab. Baumgartner wurde mit 294 von 389 Stimmen wieder zum ersten Landesvorsitzenden der BP gewählt. 83 Stimmen waren für ungültig erklärt worden, davon sollen 46 für den suspendierten stellvertretenden Landesvorsitzenden, Anton Donhauser, abgegeben worden sein, 37 Delegierte aus Oberbayern hatten weiße Zettel abgegeben. Sie wollten Dr. Baumgartner damit zu noch stärkerem Einsatz im "Freiheitskampf" anregen. Es wäre aber falsch, von diesen Differenzen in der Abstimmung eine Beeinflussung der Wählerschaft der Partei zu erwarten. Auch die Wahl der drei gleichberechtigten Stellvertreter: Dr. Hermann Etzel, Fürst zu Oettingen-Wallerstein und insbesondere Dr. Jakob Fischbacher deuten daraufhin, dass die BP einen noch radikaleren Kurs einzuschlagen gedenkt.

30 Anklagepunkte gegen die Bonner Regierung trug Baumgartner seiner staunenden Zuhörerschaft mit mächtigem Stimmenaufwand vor, um die "ungeheuere Benachteiligung Bayerns und das Versagen der Bundesregierung und der Regierungsparteien" zu beweisen. Er vergaß hinzuzufügen, dass es die BP gewesen ist, die dieser Regierung in mancher schwierigen Situation über die parlamentarischen Klippen hinweggeholfen hatte. Seine Behauptung, dass die BP in scharfer Opposition zur Bundesregierung stehe, fand trotzdem Glauben, ebenso die Versicherung, in Zukunft in "noch schärferer Opposition" gegenüber Bonn zu verharren.

Der Hauptgegner der BP ist die CSU, denn beide Parteien können nur aus dem bäuerlichen und Kleinbürgerlichen Lager ihre Wahlstimmen erhalten. Es müssen aber dem bayrischen Ministerpräsidenten Ehard und noch mehr dem Kultusminister Hundhammer die Ohren geklungen haben, als Dr. Baumgartner die Einstellung der BP zur CSU mit folgenden Worten in den Saal donnerte: " Unser Kampf muss rein, sachlich und sauber sein. Machen Sie nicht die teuflischen Methoden der CSU mit. Keine Partei gibt es in ganz Deutschland, die sich so mit dem Teufel und der Lüge verbunden hat wie die CSU". Man müsste annehmen, dass mit dieser Donnergebärde eine politische Tür in Bayern zugeschlagen wurde.

- - - - -

Internationales Jugendtreffen in Paris

F., Paris

Auf französische Einladung und Initiative hin fand vom 29. Juli bis 7. August 1950 in Paris ein internationales Jugendtreffen mit rund 150 Teilnehmern aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Grossbritannien, Österreich, Dänemark und den Niederlanden statt. Die deutsche Delegation, die sich ausschliesslich aus Berlinern zusammensetzte, war mit 47 Jugendlichen am stärksten vertreten. Aufgabe der Zusammenkunft war die Schaffung einer internationalen Jugendorganisation zur Verteidigung des Friedens, mit der Absicht, der demagogischen kommunistischen Friedenskampagne entgegenzutreten und nunmehr auch in allen anderen Ländern die freiheitlich eingestellte Jugend für die Demokratie und den Frieden zu mobilisieren. Die Tagung beschloss zunächst, die organisatorischen Vorarbeiten in den einzelnen Ländern durchführen zu lassen und ausserdem 1951 ein grosses internationales Jugendtreffen zu veranstalten.

So begrüssenswert die französische Initiative ist, muss man sich doch fragen, ob die ständige Schaffung neuer internationaler Organisationen und die damit zusammenhängende Zersplitterung der antikommunistischen Kräfte zweckmässig ist. Ausserdem ist zu bedenken, dass innerhalb Westeuropas der Kommunismus als politische Partei heute nur noch in Frankreich und in Italien ins Gewicht fällt, und infolgedessen in diesen beiden Ländern der antikommunistische Kampf zwangsläufig andere Formen annehmen muss als in der restlichen westlichen Welt. Die auf dem Pariser Treffen versuchte Verallgemeinerung der französischen Notwendigkeiten für ganz Europa erscheint taktisch als wenig sinnvoll.